



Prot. Nr. PH/SuG/32.10/452106

Bozen, 11. August 2011

Bearbeitet von:
Christian Alber
Tel. 0471 417620
christian.alber@provinz.bz.it

An die Direktorinnen und Direktoren
aller Schulstufen und Berufsschulen

An die Direktorinnen und Direktoren der
gleichgestellten Grund-, Mittel- und
Oberschulen

Zur Kenntnis: An die Religionslehrerinnen und -lehrer
aller Schulstufen und Berufsschulen

Mitteilung

Alternativunterricht zum Religionsunterricht und Beaufsichtigung von Schülerinnen und Schülern, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen

Sehr geehrte Frau Direktorin!

Sehr geehrter Herr Direktor!

Auf Grund wiederholter Anfragen von Schulführungskräften, Eltern und Religionslehrerinnen und Religionslehrern hinsichtlich der Wahlmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, die in Ausübung ihrer Gewissensfreiheit nicht am Religionsunterricht teilnehmen, wird zum Zwecke einer besseren rechtlichen Absicherung in der täglichen Arbeit und einer korrekten und einheitlichen Vorgehensweise im Folgenden die Rechtslage dargestellt:

Durch die Lateranverträge vom 11. Februar 1929 wurde das Verhältnis zwischen Kirche und Staat geregelt und durch das Rahmenkonkordat vom 18. Februar 1984 an die heutige Situation angepasst. Das Rahmenkonkordat befasst sich im Art. 9, Absatz 2 mit dem Religionsunterricht. Dort heißt es: »Die Republik Italien wird in Anerkennung des Wertes der religiösen Kultur und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Grundsätze des Katholizismus zum historischen Erbe des italienischen Volkes gehören, weiterhin im Rahmen der Zielsetzungen der Schule den katholischen Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen jedweder Art und Stufe, die nicht Hochschulcharakter haben, sicherstellen. In Respektierung der Gewissensfreiheit und der Erziehungsverantwortung der Eltern ist jedem das Recht zugesichert, zu entscheiden, ob er von dem genannten Unterricht Gebrauch machen will oder nicht. Bei der Einschreibung werden die Schüler oder ihre Eltern auf Verlangen der Schulbehörde von diesem Recht Gebrauch machen, ohne dass ihre Entscheidung Anlass zu irgendeiner Art von Diskriminierung geben darf.«

Für die Autonome Provinz Bozen gelten Sonderbestimmungen. So heißt es im Zusatzprotokoll, das integrierender Bestandteil des Konkordates ist, im Art. 9, Punkt 5 c: »Die Bestimmungen dieses Artikels berühren nicht die in Grenzregionen geltende Regelung, in denen das Unterrichtsfach durch Sonderbestimmungen geordnet ist.«

Einige Sonderregelungen sind in den Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut durch das Dekret des Präsidenten der Republik vom 4. Dezember 1981, Nr. 761, Art. 24, Absatz 2 geregelt, wo es heißt: »In



der Provinz Bozen melden die Eltern oder Erziehungsberechtigten das Kind vom Religionsunterricht bei der Einschreibung ab. Tun sie es nicht, so erhält das Kind den Religionsunterricht« und im Rundschreiben des Schulamtsleiters vom 4. Februar 1991 wird unter anderem gesagt: »... dass ein Schüler nur dann vom Religionsunterricht befreit ist, wenn bei der Einschreibung ausdrücklich auf den Besuch des Religionsunterrichts verzichtet worden ist. Ein Verzicht im Laufe des Schuljahres ist nur in schwerwiegenden Fällen möglich, beispielsweise bei Übertritt zu einer anderen Religionsgemeinschaft«.

Das Ministerialrundschreiben vom 9. Mai 1991, Nr. 122 legt die entsprechenden Modalitäten fest. Demnach haben jene Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, das Recht an Stelle des Religionsunterrichtes eine der folgenden Möglichkeiten zu wählen:

- a. Besuch eines Alternativangebotes (die didaktische Ausrichtung bestimmt das Lehrerkollegium, die Planung und Durchführung der pädagogisch-didaktischen Tätigkeiten obliegt der Schule),
- b. Selbstständiges Arbeiten unter Aufsicht oder
- c. Späterer Unterrichtsbeginn bzw. Verlassen des Schulgebäudes

Die bei der Einschreibung bzw. zu Beginn eines Schuljahres getroffene Entscheidung gilt für das gesamte Schuljahr.

Existiert aber eine echte Verpflichtung für die Schulen, ein Alternativangebot anzubieten oder nicht?

Das Ministerialrundschreiben vom 23. Juli 2010, Nr. 59 weist darauf hin, dass die Schule verpflichtet ist, interessierten Schülerinnen und Schülern ein Alternativangebot anzubieten. Zu demselben Schluss gelangt auch das Landesgericht von Padova. Im gerichtlichen Verfahren eines Elternpaares gegen einen Schulsprengel, der der Tochter keinen Alternativunterricht angeboten hat, hat das Richterkollegium die Schule aufgefordert, dem Anspruch der Schülerin auf Besuch eines Alternativunterrichtes Rechnung zu tragen. In der Verfügung vom 30. Juli 2010, Nr. 1667 wird auch darauf hingewiesen, dass organisatorische bzw. personelle Zwänge dieses Recht der Schülerin bzw. des Schülers nicht mindern können. Eine Schule, die dieser Verpflichtung nicht nachkommt, diskriminiert die Schülerinnen und Schüler und ist ihnen gegenüber schadenspflichtig.

Das Gericht verurteilt weiters die Vorgehensweise der Schule, die Schülerin trotz des Verzichts im Religionsunterricht zu belassen. Auch die dauerhafte Zuweisung der Schülerin in eine Parallelklasse verletzt den Anspruch der Schülerin auf einen Alternativunterricht. In beiden Vorgehensweisen der Schule liegt nach Ansicht des Richterkollegiums der Tatbestand der Diskriminierung vor, weil zum einen die Schülerin in der Ausübung ihrer Religionsfreiheit behindert wurde und zum anderen ihrem Recht auf Bildung nicht entsprochen wurde.

Angesichts der dargelegten Rechtslage und dem Urteil des Landesgerichtes von Padova, ersuche ich alle Schulführungskräfte, den Alternativunterricht für jene Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen und dies wünschen, zu gewährleisten. Weiters ersuche ich Sie, die Vorgehensweise bei der Beaufsichtigung von Schülerinnen und Schülern, die auf den Religionsunterricht verzichten, zu überprüfen und jede Art der Diskriminierung zu beseitigen bzw. zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter | Ressortdirektor
Dr. Peter Höllrigl

Anlage

Tribunale di Padova - Ordinanza del 30-07-2010